

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des **Gemeinderates Grünwald (2008-2014)** am **Dienstag, den 31. März 2009** um **19.00 Uhr** im großen Sitzungssaal des Rathauses Grünwald

ANWESEND:

1. Bürgermeister	Neusiedl Jan	
2. Bürgermeister	Weidenbach Stephan	
3. Bürgermeisterin	Nöbel Renate	
GR – Mitglieder	Altmann Christian	
	Bechler Ulrich	
	Brauner Tobias	(ab TOP 96, 20.50 Uhr)
	Dr. Bühler Thomas	
	Dr. Forster Dieter	
	Dr. Graeven Christina	
	Groenewegen-Weik Ulrike	
	Kneidl Uschi	
	Dr. Knittel Wilhelm	
	Kraus Helmut	
	Kuny Wolfgang	
	Dr. Paeschke Christine	
	Portenlänger-Braunisch Barbara	
	Reinhart-Maier Ingrid	
	Sedlmair Gerhard	
	Splettstößer Reinhard	
	Schmidt Oliver	
	Staehe Katrina	
	Steinger Alexander	
	Dr. Victor-Becker Katja	
	Wagner Antje	
	Zettel Robert	

VERWALTUNG:

Geschäftsleiter	Jobst Dietmar
Kämmerer	Bader Raimund
Bauamtsleiter	Rothörl Stefan
Technischer Leiter	Reger Wolfgang
VFW	Rank Ulrich
VFW	Salvermoser Christian
Dipl.Ing. (FH)	Kleßinger Peter
Dipl.Soz.Päd.	Mayr Gertrud

GAST:

Zu Top 95:	Püschel Bernhard, Architekt Dipl.Ing. (Univ.)
------------	---

Die gesetzliche Zahl der Mitglieder des Gemeinderates beträgt 24 + 1. Bürgermeister; davon sind die oben angeführten Mitglieder des Gemeinderates und der 1. Bürgermeister erschienen. Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

93. Entscheidung über die vorgelegte Tagesordnung;

- Es liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 31.03.2009 vor. Der Antrag lautet: „Dringlichkeitsantrag – die Verwaltung möge prüfen, ob das Konzept der Ganztagesgrundschule auf die Volksschule Grünwald anwendbar ist.“
- Es liegt ein Antrag der FDP-Fraktion (Eingang 30.03.2009) vor. Der Antrag lautet: „Bericht über Versorgungssituation bei den Hortplätzen in der Gemeinde Grünwald für das Schuljahr 2009/2010.“

Beide Anträge wurden allen Mitgliedern des Gemeinderates in der Sitzung am 31.03.2009 vorgelegt und gelten damit als eingebracht.

Die Tagesordnung wird darüberhinaus einstimmig angenommen.

94. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 03. März 2009;

Die oben bezeichnete Niederschrift wird einstimmig angenommen.

95. Errichtung eines „Haus der Begegnung“ (Sozialzentrum) sowie Errichtung von barrierefreien gemeindeeigenen Wohnungen (Generationenwohnen);

Das Bundesfamilienministerium hat im September 2006 ein Programm „Modellförderung für die Errichtung von Mehrgenerationenhäusern“ aufgelegt. Nach den damaligen Vorstellungen wurde für die Einrichtung bzw. Betrieb von Mehrgenerationenhäusern eine Festbetragsförderung von 40.000,- € pro Jahr in Aussicht gestellt, wobei die Förderbewilligung grundsätzlich nur für zunächst 2 Jahre erfolgte. Ziel dieses Aktionsprogrammes war es, bis zum Jahr 2010 in jedem Landkreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt ein solches Mehrgenerationenhaus zu errichten.

Auf Antrag der CSU-Fraktion hat der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung am 12. Dezember 2006 (Beschl.Nr. 512) einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, Überlegungen, ggf. unter Beiziehung externer fachlicher Beratung für die Machbarkeit eines sog. Mehrgenerationenhauses anzustellen. In der weiteren Umsetzung dieses Auftrages hat sich dann eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Nachbarschaftshilfe

sowie verschiedener sozialer ehrenamtlicher Einrichtungen in der Gemeinde und der Verwaltung gebildet.

Die ersten Zwischenergebnisse dieser Arbeitsgruppe wurden dem Verwaltungsausschuss in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 08. Oktober 2007 (Beschl.Nr. 315) vorgestellt. Der Verwaltungsausschuss kam damals einstimmig zu der Auffassung anstelle eines sog. Mehrgenerationenhauses das Projekt eines Sozialzentrums mit gleichem bzw. noch weitergehendem Leistungsumfang zu untersuchen und zu entwickeln.

Ziel der künftigen Einrichtung eines Haus der Begegnung (Sozialzentrum) ist es, möglichst viele verschiedenartige soziale Leistungen in einem Haus zu integrieren, um für die Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Anlaufstelle für die vielfältigen Problemstellungen des Lebensalltages zu haben.

Besonders großen Stellenwert hat dabei auch, die schon bestehenden Einrichtungen (Vereine, Sozialwerke etc.) in diese Überlegungsphase mit einzubeziehen. Dies ist auch so erfolgt.

Der Verwaltungsausschuss hat in der Sitzung vom 08.10.2007 dann ein 4-Punkte-Programm beschlossen, das zwischenzeitlich auch abgearbeitet wurde. Die darin formulierten Aufgabenstellungen finden in der nunmehrigen Sitzungsvorlage für den Gemeinderat ihren Niederschlag.

Die Arbeitsgruppe hat im Rahmen ihrer Informationssammlung unter anderem auch folgende vergleichbare Einrichtungen besucht und sich dort informiert:

- Sozialzentrum der Nachbarschaftshilfe Ismaning
- Mehrgenerationenhaus Taufkirchen
- Sozialzentrum Garching
- Mehrgenerationenhaus Germering

Zusammen mit dem externen Berater, Herrn Architekten Bernhard Püschel, München, wurde dann ein detailliertes Raumprogramm für die Bereiche „Haus der Begegnung“ und „Generationenwohnen“ erstellt.

Hierzu folgende Erläuterungen:

HAUS DER BEGEGNUNG

Zielsetzung des Projektes ist es, in der künftigen Einrichtung möglichst viele, bisher in der Gemeinde verstreut untergebrachte oder noch gar nicht bestehende Sozialdienste unter einem Dach zusammenzuführen und damit für den Bürger ein leistungsfähigeres professionelles Angebot zu erhalten.

Unter dem Gesichtspunkt einer möglichst wirtschaftlichen Lösung wird auch weitestgehend eine Mehrfachnutzung von Räumlichkeiten vorgesehen.

Im erstellten Raumprogramm / Belegungsplan (Stand 03.02.2009) sind folgende Nutzungen vorgesehen:

Begegnungscafé
Arbeiterwohlfahrt
Hospizverein
VdK
Kath. Familien- und Altenpflege
evtl. ein Büro des Sozialreferates der Gemeinde
Nachbarschaftshilfe Grünwald e.V.

Selbsthilfegruppe
 Grünwalder Tafel
 Krabbelgruppen
 Hausaufgabenbetreuung
 Au-Pair Beratung/Treffen
 Alleinerziehendenberatung
 Kreativkurse Senioren
 Erziehungsberatung
 Schuldnerberatung
 Eheberatung
 Schwangerschaftsberatung
 Wohnraumberatung / Selbsthilfegruppen
 Second Hand Laden
 Lagerräume
 Sprechstunde Arbeitsagentur
 Tagesmütterprojekt
 Pflegestützpunkt
 Partyraum für Jugendliche
 BRK-Bereitschaft
 Tagesaltenpflege
 Kinderkrippe mit zwei Gruppen (à 12 Kindern)
 Personalwohnungen

Für die o.g. Nutzungen ergibt sich im sog. Zentralbereich, für die Tagesaltenpflege und Kinderkrippe, sowie die Personalwohnungen eine Bruttogrundrissfläche von 2.537 m².

Daraus wurde ein Kostenrahmen (Stand 03.02.2009) für dieses Raumprogramm in Höhe von 7,966 Mio € (incl. MwSt) ermittelt. Hierbei ist allerdings festzuhalten, dass es sich noch um keine endgültige Kostenermittlung sondern zunächst lediglich um eine Kostenberechnung aufgrund von Erfahrungswerten handelt.

GENERATIONENWOHNEN

Auf dem gleichen Grundstück sollen als eigenständiger Baubereich insgesamt 53 barrierefreie sog. Generationenwohnungen (Bruttogrundrissfläche ohne Tiefgarage = 5.020 m²) errichtet werden.

1-Zimmer-Wohnungen mit 35 m ²	15 Einheiten
2-Zimmer-Wohnungen mit 55 m ²	15 Einheiten
3-Zimmer-Wohnungen mit 80 m ²	15 Einheiten
4-Zimmer-Wohnungen mit 101 m ²	8 Einheiten

Der auf dieser Berechnung ermittelte Kostenrahmen für den Bereich „Generationenwohnen“ liegt bei 11,990 Mio € (inkl. MwSt).

Realisiert werden sollen das „Haus der Begegnung“ sowie die „Wohnungen“ in zwei voneinander getrennten Baukörpern auf den gemeindeeigenen Grundstücken Fl.Nr. 371/23 (1.942 m²) und Fl.Nr. 371/24 (13.675 m², zusammen 15.617 m²) an der Tobrukstraße.

Es ist zu berücksichtigen, dass bei allen Dienstleistungen, die derzeit aufgenommen wurden, sich natürlich im Lauf der weiteren Überlegungen und Planungen oder auch im künftigen Betrieb Veränderungen (Zugänge, Weggänge) ergeben können. Eine solche Einrichtung, wie sie geplant ist, muss eine entsprechende Flexibilität entsprechend der Bedarfslage haben.

Zudem ist wohl zu erwarten, dass nach der öffentlichen Beratung im Gemeinderat noch weitere Wünsche und Anregungen aus der Bürgerschaft erfolgen, welche Serviceangebote noch sinnvoll oder wünschenswert sind. In diesem Zusammenhang wird auf ein Schreiben der Volkshochschule (Eingang 03.03.2009) hingewiesen, worin auch die Einrichtung einer „Lehrküche“ für Kochkurse angeregt wird.

Außerdem ist die Einrichtung einer Beratungsstelle für den Sozialpsychiatrischen Dienst wichtig und sinnvoll.

Aufgrund der derzeit rechtsgültigen Ausweisung und Festsetzung als Sondergebiet müssten bei Realisierung der Vorhaben dann noch die entsprechenden baurechtlichen Voraussetzungen (Bebauungsplanänderung) geschaffen werden.

Im Haushaltsplan 2009 stehen bei HH-Stelle 8800.9417 HH-Reste aus Vorjahr in Höhe von 100.000,- € für Planungsausgaben zur Verfügung.

Nach derzeitigem Kenntnisstand stellt sich die weitere Vorgehensweise wie folgt dar:

- Durchführung eines öffentlichen Architektenwettbewerbs (auf der Basis der Grundlagenermittlung des Arch.-Büros Püschel und der Kennwerte des bestehenden Bebauungsplanes Nr. B 36 von 1999) unter städtebaulichen Gesichtspunkten.
- Anpassung / Teiländerung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. B 36 auf der Planungsgrundlage des durch den Gemeinderat beschlossenen Sieger des Architektenwettbewerbs betreffend der Grundstücke Fl.Nrn. 371/24 und 371/23.
- Durchführung des erforderlichen europaweiten VOF-Verfahrens für die Planungsleistungen. Aufgrund der vorliegenden Kostenschätzung ist der Schwellenwert von 206.000,- € überschritten und ein VOF-Verfahren aus vergaberechtlichen Gründen zwingend vorgeschrieben.

Der Verwaltungsausschuss hat sich zuletzt in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 10.03.2009 (Beschl.Nr. 32) mit dem Projekt „Haus der Begegnung / Generationenwohnen“ befasst und eine einstimmige Beschlussempfehlung an den Gemeinderat gefasst.

1. Bürgermeister Neusiedl begrüßt Herrn Dipl.Ing. Bernhard Püschel und erteilt ihm das Wort. Herr Architekt Püschel erläutert anschließend im Detail die Vorgehensweise bei der Ausarbeitung des Raumprogramms für die Baubereiche „Haus der Begegnung“ und „Generationenwohnen“ sowie die daraus resultierende Budgetplanung für beide Teilprojekte.

In der anschließenden Diskussion schlägt Gemeinderatsmitglied Altmann vor, die Ziffer 1) der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vom 10.03.2009 aus der Beschlussfassung des Gemeinderates herauszunehmen. Nach seiner Auffassung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine endgültige Festlegung über die Realisierung des Projektes verfrüht.

Gemeinderatsmitglied Staehle schließt sich diesem Vorschlag an.

Gemeinderatsmitglied Bechler schlägt vor, Ziffer 1) des Beschlussvorschlages in seiner abschließenden Formulierung („errichtet“) moderater zu fassen. Er beantragt Einzelabstimmung über die drei Punkte der vorgelegten Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses.

1. **Der Gemeinderat beschließt mit 17 : 7 Stimmen**, dass auf den Grundstücken Fl.Nr. 371/24 unter Einbeziehung des Grundstückes Fl.Nr. 371/23 Gemarkung Grünwald ein Haus der Begegnung (Sozialzentrum) sowie barrierefreien Generationenwohnungen errichtet werden.
2. **Der Gemeinderat nimmt ohne Einwendungen** vom vorgelegten Raumprogramm (Stand 03.02.2009) für den Projektbereich „Haus der Begegnung“ und dem Projektbereich „Generationenwohnen“ als Grundlage für die weiteren Überlegungen und Planungen **Kenntnis**.
3. **Der Gemeinderat beschließt einstimmig**, dass 1. Bürgermeister Neusiedl ermächtigt wird, zur Beratung und weiteren Vorgehensweise einen Projektsteuerer mit den nachfolgenden Leistungen mit dem Ziel zu beauftragen, das Ergebnis dem Gemeinderat noch vor der Sommerpause in Form einer Beschlussvorlage zu unterbreiten.

Leistungsumfang:

- a) Prüfung des seitens des Architekten vorliegenden Kostenrahmens (Vier-Augen-Prinzip)
- b) Aufstellung eines Realisierungskonzeptes
- c) Erarbeitung eines Terminplans mit den wesentlichen Meilensteinen der Vorplanung, Planung und Ausführung (Generalablaufplan)
- d) Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsanalyse (Rentabilitäts- mit Sensitivitätsanalyse, -prognose) mit dem besonderen Augenmerk auf die Nachhaltigkeit des Bauens (vgl. Leitfaden für nachhaltiges Bauen/ Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)
- e) Erstellung einer Risikoanalyse und -prognose, die eventuelle Risikofaktoren sukzessiv während der einzelnen Projektstufen aufzeigt

96. Haushalt 2009 und mittelfristige Finanzplanung 2008-2012;

- a) Haushaltssatzung 2009;**
 - b) Mittelfristige Finanzplanung;**
-

Einleitend erteilt 1. Bürgermeister Jan Neusiedl Kämmerer Bader das Wort für den Bericht zum Haushalt 2009 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2008 bis 2012.

Der Kämmerer geht in seiner Berichterstattung auf die wesentlichen Punkte des Haushaltes 2009 ein. Er erläutert den Vorbericht und die Haushaltsvorlage sowie die mittelfristige Finanzplanung bis 2012 anhand einer Präsentation.

Am 20. Januar 2009 habe eine vorberatende Gemeinderatssitzung zum Haushalt 2009 und der mittelfristigen Finanzplanung stattgefunden. Danach habe der Gemeinderat die nun vorliegenden Haushaltsansätze mit einigen Änderungen einstimmig beschlossen.

Daraus ergeben sich nun die folgenden wesentlichen Eckdaten des Haushaltes :

<u>Eckdaten des Haushaltes 2009:</u>		<u>Größte Ausgaben 2009:</u>	
Verwaltungshaushalt:	124.458.200 €	Kreisumlage:	50.602.000 €
Vermögenshaushalt:	64.400.800 €	Gewerbesteuerumlage:	22.400.000 €
Gesamthaushalt:	188.859.000 €	Personalausgaben:	9.080.000 €
		(= 7,30 % d. VerwaltungsHH)	
Gewerbesteuereinnahmen:	80.000.000 €	Linie 25 Betriebskostenzusch.	1.600.000 €
Einnahme Einkommensteuer:	7.000.000 €	GFZP Betriebskostenzusch.	1.480.000 €
Einnahme Umsatzsteuer:	4.942.000 €	Kalkulatorische Kosten:	11.383.500 €
Grundsteuer B:	1.850.000 €	Zuschüsse f. lfd. Zwecke	2.142.300 €
Zinseinnahmen:	7.000.000 €	Komm. Erziehungsgeld:	840.000 €
Zuführung z. Vermögenshaushalt:	12.484.000 €	Zuführung Allgem. Rücklage:	0 €
<u>Freie Spitze:</u>		Zuführung an Stiftungen:	0 €
= Zuführung ./.. Kredittilgung :	12.484.000 €	Entnahme aus d. Rücklage:	50.675.300 €

Hebesätze:

Gewerbsteuer 240 v. H. – unverändert -
Grundsteuer B 200 v. H. – unverändert -
Grundsteuer A 300 v. H. – unverändert -

Zusammenfassend stellt der Kämmerer die wichtigsten Haushaltsziele der Haushaltsplanung 2009 dar. Diese sind:

- ✓ Haushaltsvolumen insgesamt 188,8 Mio. € - Zuführung an Vermögenshaushalt von 12.484.000 €
- ✓ Alle Hebesätze bleiben unverändert
- ✓ Pro Kopf-Verschuldung von 0,00 €
- ✓ Keine Kürzung von Zuschüssen und Zuwendungen an Dritte
- ✓ Keine Kürzungen in sozialen Bereichen, Stärkung der Familien durch Zahlung eines Kommunalen Erziehungsgeldes
- ✓ Keine Gebührenerhöhungen
- ✓ Keine Schuldenaufnahme
- ✓ Antizyklische Investitionspolitik 140 Mio. € in den nächsten 4 Jahren

Im Anschluss geben die Vertreter der Fraktionen und verschiedene Gemeinderäte ihre Anmerkungen zum Haushalt 2009 ab. Alle Fraktionen äußern sich äußerst positiv zu der vom Kämmerer klar und übersichtlich dargebrachten Präsentation des Haushaltes 2009.

Die **Fraktionen der PBG und FDP erklären**, dass sie dem Haushalt 2009 nicht zustimmen können.

Als Gründe führt **Gemeinderatsmitglied Schmidt (PBG)** an, dass er bezüglich des Stellenplanes folgendes beanstandet:

Die Stelle bei Geothermie ist unrichtig bei der Bauverwaltung zugeordnet. Richtig sei, sie bei der Erdwärme Grünwald GmbH zu führen.

Die Referentenstelle des 1. Bürgermeisters ist mit Entgeltgruppe 12 zu hoch bewertet. Eine Nachfrage bei der Gemeinde Kirchheim ergab als richtige Eingruppierung Entgeltgruppe 8 bis 9.

Desweiteren sehe er wegen der enormen Investitionsausgaben (Geothermie, Gymnasium, Tunnel, Sozialzentrum, Parkgarage m. Wohnhaus) und der sehr hohen Umlagebelastungen (Kreis- / Gewerbesteuerumlage 180 Mio.) von zusammen 283, 5 Mio. € ein großes Risikopotential für die Gemeindefinanzen.

Gemeinderatsmitglied Altmann (FDP) erklärt, dass er den Haushaltsentwurf ablehne, weil er bezüglich der Einnahmen zu optimistisch und ein Sparwille nicht zu erkennen sei. Seiner Ansicht nach gehöre das eine oder andere Projekt gekürzt.

Gemeinderatsmitglied Reinhart-Maier stellt für das **Bündnis 90 / Die Grünen** zufrieden fest, dass es der Kämmerei in den zurückliegenden Jahren gelungen sei, das Gemeindevermögen enorm zu vermehren. In diesen Krisenzeiten sei die Gemeinde gefordert zu investieren, um das Handwerk und die Bürger der Gemeinde zu unterstützen.

Gemeinderatsmitglied Bechler freut sich für die **Ausschussgemeinschaft der SPD / GBV**, dass die Gemeinde Grünwald in diesen Krisenzeiten Steuergelder an die kommunale Wirtschaft zurückgeben könne. Bei den dargestellten Maßnahmen und Investitionsvolumen handele es sich um ein Grünwalder Konjunkturpaket.

Für die **Fraktion der Grünwalder CSU** nimmt **2. Bürgermeister Stephan Weidenbach** Stellung. Er zeigt sich von den Äußerungen der Gemeinderäte Schmidt und Altmann irritiert. Die größtenteils einstimmig verabschiedeten Investitionen seien überdacht, notwendig, geprüft und teilweise refinanziert. Allein die Zinseinnahmen 2008 decken den größten Teil der Ausgaben für das Wohnhaus mit Parkgarage am Hirtenweg ab. Zur Zeit sehe er keine größeren Gefahren für den Haushalt und ist gerade in diesen Krisenzeiten der Meinung, dass Steuergelder auch an die Wirtschaft zurückgegeben werden müssten.

Unverständlich sei, dass Projekte erst einstimmig beschlossen werden und, nachdem diese im Haushalt von der Kämmerei eingearbeitet wurden, nunmehr abgelehnt werden.

Auch sei das gute Verhältnis des 1. Bürgermeisters zu der ansässigen Wirtschaft und die Hebesatzsenkung bei der Gewerbesteuer hervorzuheben. Dies sei Grundlage für die guten Ergebnisse bei der Gewerbesteuer. Die Finanzverwaltung habe seiner Meinung nach die nötige Sorgfalt und Vorsicht walten lassen und die Gewerbesteuereinnahme vorsichtig nur mit der Hälfte des Vorjahresergebnisses kalkuliert.

Gemeinderatsmitglied Dr. Bühler stellt fest, dass der Haushalt sehr solide erarbeitet worden ist, die zugesandten Unterlagen umfassend und rechtzeitig zugestellt wurden. Das Niveau der Verwaltung sei beeindruckend hoch. Viele Positionen im Haushalt seien kein Konsum, sondern stellen sinnvolle Investitionen dar. Beispielhaft möchte er die Geothermie und die Sozialausgaben benennen, die keine Luxusausgaben darstellen. Auch er sei irritiert, dass vorher einstimmig gefasste Beschlüsse nun bei der Haushaltsverabschiedung bei der FDP und PBG zu einer Ablehnung geführt haben.

Gemeinderatsmitglied Dr. Knittel äußert sich zu der Haushaltsveranschlagung bei der Gewerbesteuer. Der Kämmerer habe bei dem Ansatz bei der Gewerbesteuereinnahme lediglich nur 45 Prozent des Vorjahreswertes herangezogen. Gegenüber dem Durchschnittswert der letzten drei Jahre habe er nur 60 % der Vorjahreswerte angesetzt. Man könne hier nicht von einer zu optimistischen Gewerbesteuerveranschlagung sprechen.

1 Bürgermeister Neusiedl stellt klar, dass er und die Finanzverwaltung die Beschlüsse des Gemeinderates zu vollziehen haben. Erst Beschlüsse fassen, die in den Haushalt eingestellt werden müssen und dann dagegen zu stimmen, könne auch er nicht nachvollziehen. Er hoffe nicht, dass der Stil und die Wortwahl des zurückgelegten Wahlkampfes wieder in die Gemeinderatsdebatten einkehrt. Es müssten keine „Krokodilstränen“ wegen der hohen Umlagezahlungen vergossen werden, weil diese auf Rekordergebnisse der Gemeindeeinnahmen basieren.

Im Folgenden **beschließt der Gemeinderat** nach Verlesung der Haushaltssatzung der Gemeinde Grünwald für das Haushaltsjahr 2009

1. **mit 18 : 7 Stimmen diese Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2009** mit seinen Anlagen und
2. **18 : 7 Stimmen die mittelfristige Finanzplanung 2008 bis 2012** nach Verlesung der Ansätze für die Nachjahre je in Einnahmen und Ausgaben:

Im **Verwaltungshaushalt** mit

im Jahre:	Einnahmen:	Ausgaben:
2010	129.948.800,-- €	129.948.800,-- €
2011	113.561.000,-- €	113.561.000,-- €
2012	112.220.100,-- €	112.220.100,-- €

und im **Vermögenshaushalt** mit

im Jahre:	Einnahmen:	Ausgaben:
2010	28.989.900,-- €	28.989.900,-- €
2011	23.660.800,-- €	23.660.800,-- €
2012	22.137.000,-- €	22.137.000,-- €

**97. Neubau eines Kinderhorts durch den Verein „Die kleinen Strolche e.V.“;
Bedarfsanerkennung und Förderung durch die Gemeinde;**

In der Gemeinde Grünwald gibt es einen stetig wachsenden Bedarf an Betreuungsplätzen für Schulkinder außerhalb der Unterrichtszeiten.

Zur Zeit werden in der „Schülertagesstätte LIFE“ 100 Schulkinder betreut (bis längstens 18 Uhr), im Verein „Mittagsbetreuung e. V.“ 70 Schulkinder (bis längstens 14 Uhr), beim Verein „Bavaria Koblode e. V.“ 17 Schulkinder (bis längstens 17.30 Uhr) und beim Verein „Die Kleinen Strolche“ 10 Schulkinder (bis längstens 17.00 Uhr).

Bisher hat der Gemeinderat folgende Bedarfsanerkennungen (Hortplätze) für Grünwalder Schulkinder ausgesprochen:

Schülertagesstätte LIFE	100 Plätze
Bavaria Koblode e. V.	25 Plätze
Mittagsbetreuung an der Schule e. V.	70 Plätze

Der Verein „Die Kleinen Strolche e. V.“ betreut derzeit 10 Schulkinder, benötigte hierzu bisher aber keine Bedarfsanerkennung, da die Schulkinder innerhalb der Kindergartengruppe betreut wurden, also nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) eine „Öffnung nach oben“ in Anspruch genommen wurde, die keine eigene Bedarfsanerkennung benötigt.

Für das Schuljahr 2009 / 2010 liegen bisher folgende Anmeldezahlen für die Hortbereiche vor:

Life	48 Anmeldungen	bei 10 frei werdenden Plätzen
Bavaria Koblde	15 Anmeldungen	bei 5 frei werdenden Plätzen
Die Kleinen Strolche	17 Anmeldungen	bei 0 frei werdenden Plätzen
insgesamt	80 Anmeldungen	

Der Verein „Die Kleinen Strolche e. V.“ hat sich bereit erklärt seine Einrichtung zu erweitern. Durch einen Neubau könnten 15 Hortplätze neu geschaffen werden und die derzeitig von Hortkindern belegten Kindergartenplätze könnten wieder durch Kindergartenkinder belegt werden.

Da jetzt schon ein räumlicher Engpass besteht, wäre hierfür die Errichtung eines eigenen Hortgebäudes notwendig. Geplant sind 2 Räume (1 Ess- / Hausaufgabenzimmer und ein Spielzimmer) incl. der sanitären Einrichtungen, einer Küche zum Warmhalten und Verteilen der Speisen und ein Personalzimmer (für Personal der gesamten Kindertageseinrichtung).

Wegen der Dringlichkeit stellt der Verein gleichzeitig einen Bauantrag. Dieser Antrag wird im Bauausschuss am 20. 04. 2009 behandelt. Der Neubau würde entlang der Hubertusstr. 32 errichtet, also in Nord-Süd-Ausrichtung. Außerdem sind zusätzliche Parkplätze geplant.

Es ist geplant, nach Baugenehmigung und Bedarfsanerkennung durch die Gemeinde sofort mit dem Bau zu beginnen. Als Betriebsbeginn ist der 15. September 2009 (Schulbeginn nach den Sommerferien) vorgesehen.

Die Kosten, inklusive aller Neben- und Ausstattungskosten werden sich, gemäß vorläufiger Kostenschätzung, basierend auf den bisherigen Baumaßnahmen auf voraussichtlich 420.000 €

Da der Verein derzeitig über keine ausreichenden Eigenmittel verfügt, wird die Übernahme der Kosten durch die Gemeinde beantragt.

Der jetzige Pachtvertrag mit dem Bischöflichen Ordinariat der Erzdiözese München-Freising läuft bis 31.08.2013 und hat eine Kündigungsfrist von 12 Monaten. Laut Mitteilung des Vorstandes des Vereins wird dieser nach positiver Entscheidung des Gemeinderates mit dem Bischöflichen Ordinariat erneut Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, die Laufzeit des Pachtvertrages deutlich zu verlängern.

Die Satzung des Vereins sieht vor, dass im Falle der Auflösung des Vereins alles Inventar und die Erweiterungsbauten der Jahre 2007/2008 in das Eigentum der Gemeinde Grünwald übergehen. Der privatrechtlich geschlossene Vertrag bezüglich der Eigentumsverhältnisse müsste dann zwischen dem Verein „Die Kleinen Strolche e. V.“ und der Gemeinde Grünwald ergänzt, bzw. ein neuer Vertrag geschlossen werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig

1. Die Gemeinde Grünwald erkennt den Bedarf an 25 Hortplätzen bei der Kindertagesstätte „Die Kleinen Strolche e. V.“ an.
2. Die Gemeinde Grünwald übernimmt gegen Vorlage des Nachweises die Kosten des Neubaus für den Hort „Die Kleinen Strolche e. V.“ bis zu einer Summe von höchstens 450.000 €.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vertrag über Betrieb und Eigentumsverhältnisse der Gesamteinrichtung zwischen dem Verein „Die Kleinen Strolche e. V.“ und der Gemeinde Grünwald auszuarbeiten. Dabei sind die bisherigen Regelungen des Vertrages vom 23. 10. 2008 (Eigentumsverhältnisse) mit einzuarbeiten.

1. Bürgermeister Neusiedl wird zum Vertragsabschluss ermächtigt.

**98. Neubau Parkgarage Marktplatz und Wohnhaus Hirtenweg;
Übertragung der Vergaben an den Bauausschuss;**

Aufgrund der geschätzten Bausumme sind für die Erstellung der gemeindlichen Parkgarage am Marktplatz und des dazugehörigen Wohnhauses am Hirtenweg europaweite Ausschreibungen erforderlich.

Aufgrund der großen Anzahl sind die Ausschreibungen zeitlich zusammengefasst worden und müssen nun in regelmäßigen Zeitabschnitten vergeben werden. Um den straffen Zeitplan zu ermöglichen, wäre es sinnvoll, zusätzlich auch den Bauausschuss als beschließendes Gremium mit den Vergaben zu bevollmächtigen. Dies hat sich in der Vergangenheit bei größeren Bauvorhaben (z.B. Bürgerhaus, Tannenhof) bereits bewährt.

Der **Gemeinderat** nimmt den Vortrag der Verwaltung zur Kenntnis und **beschließt einstimmig**, den Bauausschuss als beschließendes Gremium für Vergaben der Parkgarage am Marktplatz und des Wohnhauses am Hirtenweg zu bevollmächtigen.

99. Berichterstattung aus den Ausschüssen sowie von aktuellen Vorgängen und Themen besonderer Wichtigkeit;

Eine Berichterstattung fand nicht statt.

100. Bekanntgabe von Dringlichkeitsentscheidungen, die der 1. Bürgermeister gem. Art. 37 Abs. 3 GO anstelle des Gemeinderates getroffen hat;

Bekanntgaben von Dringlichkeitsentscheidungen sind nicht erfolgt.

101. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gem. Art. 52 Abs. 3 GO;

Bekanntgaben von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen sind nicht erfolgt.

102. Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;

Beseitigung der Ersatzhaltestellen sowie Anbringen der fehlenden Fahrpläne in den neuen Wartehäuschen an den Straßenbahnhaltestellen;

(Anfrage Gemeinderatsmitglied Dr. Knittel vom 16.12.2008, Beschluss-Nr. 77 ö);

Die MVG hat heute telefonisch mitgeteilt, dass die bisher notwendigen Ersatzhaltestellen von den Straßenbahnhaltestellen wieder abgebaut wurden. Außerdem sind in den neuen Wartehäuschen in den dafür vorgesehenen Vitrinen die Fahrpläne der MVG angebracht worden.

Anfragen an die Verwaltung sind in der Anlage beigefügt.

Ende der Sitzung: 21.45 Uhr

Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;

GR - Sitzung vom 31. März 2009 - öffentlich - TOP 102

GR - Mitglied	Anfrage	Beantwortung
<p>Kraus</p>	<p>In der Tagespresse war zu lesen, dass der 1. Bürgermeister die Vorlage der Machbarkeitsstudie „Situierung Gymnasium auf dem Gelände des Grünwalder Freizeitparks“ durch den Planungsverband erst Ende des Jahres 2009 erwartet. Ist dies nicht früher möglich?</p>	<p>1. Bürgermeister Neusiedl erklärt hierzu, dass es selbstverständlich Ziel der Gemeinde ist, die Machbarkeitsstudie baldmöglichst dem Gemeinderat vorlegen zu können.</p>
<p>Altmann</p>	<p>In der vergangenen nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses wurde über den Rechtsstreit / Beschwerden Anwohner Grünwalder Freizeitpark berichtet. Nachdem das Ergebnis zwischenzeitlich auch in der Tagespresse zu lesen war, wird gebeten, den Gemeinderat hierüber zu informieren.</p>	<p>1. Bürgermeister Neusiedl gibt bekannt, dass die Gemeinde gegen die Kanzlei Schönefelder, Koske und Kollegen und hier gegen Rechtsanwalt Benno Ziegler eine Unterlassungsklage angedroht hat. Dieser hat über die Presse verlauten lassen, die Gemeinde würde Einrichtungen im Grünwalder Freizeitpark zu Lasten der umliegenden Wohnbevölkerung kommerzialisieren. Zudem gäbe es keine Baugenehmigung für die Gaststätte Mundus und der Partyservice von Herrn Dreher würde ohne Genehmigung betrieben.</p> <p>Gegen die Androhung einer Unterlassungsklage hat RA Benno Ziegler eine sog. negative Feststellungsklage vor dem Landgericht München I erhoben. Das Gericht gab der Klage im wesentlichen wegen des Rechtes auf freie Meinungsäußerung statt.</p>